

# Verheerende Resonanz auf Gesundheitspläne

DDP, 07/07 17:39 CET

Berlin (ddp). Die Resonanz auf die schwarz-gelben Gesundheitspläne ist verheerend. Während Koalitionspolitiker das Vorhaben am Mittwoch verteidigten, hagelte es aus der Opposition, von Gewerkschaftern, Krankenkassen und Ärzten Kritik. SPD, Linke und Grüne zerpfückten das Konzept im Bundestag und warfen der Regierung Klientelpolitik vor. Gewerkschafter bezeichneten die Beitragserhöhungen als «skandalös» und den versprochenen Sozialausgleich als reine «Farce». Ärzte wehrten sich gegen die geplanten Kürzungen.

Die Spitzen von Union und FDP hatten sich am Dienstag auf die künftige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung verständigt. Der allgemeine Kassenbeitrag soll von 14,9 auf 15,5 Prozent steigen. Die Kassen können künftig außerdem höhere Zusatzbeiträge von ihren Mitgliedern verlangen. Vorgesehen sind auch Milliardeneinsparungen bei Arzneimitteln, Ärzten, Krankenhäusern, aber auch bei den Verwaltungskosten der Versicherer.

Die Koalitionsspitzen verteidigten die Pläne. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte, mit dem Konzept würden die ansteigenden Kosten fair verteilt. Außerdem werde der Wettbewerb stärker und das System transparenter. CSU-Chef Horst Seehofer sprach ebenfalls von einer «gerechten Lastenverteilung». Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) sagte, mit dem Modell sei der langfristige Einstieg in eine Reform gemacht, die sicherstelle, dass die Menschen auch morgen noch gut versichert seien.

Die Opposition nahm die Regierungspläne dagegen auseinander. Die SPD-Gesundheitspolitikerin Elke Ferner bezeichnete das Konzept als «Wortbruch in Reinkultur». Rösler habe versprochen, dass die Versicherten nicht zusätzlich belastet würden und die Deckelung für Zusatzbeiträge erhalten bleibe. Das Gegenteil sei nun der Fall. Die Beitragserhöhungen seien ungerecht und «mehr als dreist».

Die Linke-Gesundheitsexpertin Martina Bunge beklagte, die Mehrbelastungen seien ein «Skandal». Alle künftigen Kostensteigerungen im Gesundheitssystem würden auf den Schultern der Versicherten abgeladen. Das sei «himmelschreiend ungerecht». Die Grünen-Gesundheitspolitikerin Birgitt Bender sagte, der «Ausstieg aus dem Solidarsystem» sei der «falsche Weg».

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) warnte, das Vorhaben bedeute das «Ende der solidarischen Krankenversicherung» und eine «nicht enden wollende Belastungswelle» für die Versicherten. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach stellte klar: «Dagegen werden wir uns mit allem Nachdruck zur Wehr setzen.»

Auch der Vorstandschef der AOK Bayern, Helmut Platzer, wäht die solidarische Krankenversicherung durch die schwarz-gelben Pläne am Ende. Der Dachverband der gesetzlichen Kassen äußerte sich enttäuscht über das Vorhaben und kritisierte, die Regierung hätte bei Ärzten und Krankenhäusern deutlich mehr sparen können. Hausarzt- und Zahnarztverbände halten die Einsparungen dagegen für zu groß. Merkel nahm die Kritik gelassen und sagte: «Es hat noch keinen Tag gegeben, an dem eine Gesundheitsreform von allen Seiten bejubelt wurde.»

ddp

*Als Service für Sie hat euronews den Nachrichtenfeed des Deutschen Depeschendienstes in sein Angebot integriert. Dieser Service wird von euronews nicht bearbeitet oder editiert.*

*Copyright 2010 Deutscher Depeschendienst GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Unerlaubte Vervielfältigung, auch in Auszügen, ist in jeglicher Form untersagt.*